Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteirhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) i. V.: K. W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf • Nr 275 • B 135 SONNABEND, 13. JUNI 1931 ABEND-AUSGABE • V

Luther bei Brüning

Verhandlungen über Ausgleich

Reichskanzler Dr. Brüning, der am Morgen aus Neudeck zurückkehrte und am Nachmittag schon nach Hildesheim reist, um dort an der Fraktionsberatung des Zentrums teilzunehmen, hat heute die Besprechungen mit führenden Parlamentariern fortgesetzt. Für die Deutsche Staatspartei erschien Dr. Oskar Meyer. Brüning empfing ferner den preußischen Ministerpräsidenten Braun und den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther. In allen Unterredungen erklärte Dr. Brüning noch einmal, daß er einen Beschluß des Aeltestenrates auf vorzeitige Einberufung des Reichstages mit der Demission beantworten würde, und daß er es ablehnen müsse, Veränderungen in seinem Kabinett vorzunehmen.

Damit schaltet für die Regierung eine parlamentarische Beratung der Notverordnung vor Oktober aus. Dagegen ist der Kanzler nach wie vor bereit, in Besprechungen mit den Fraktionsführern festzustellen, welche Härten aus der Notverordnung entfernt werden müssen und inwieweit das finanzielle Ziel der Verordnung durch andere Maßnahmen erreicht werden kann. Die Aussprache zwischen Kanzler und Sozialdemokraten ist heute nicht zu Ende geführt und auf Montag vertagt worden.

Die deutschen Botschafter in Paris, Rom und in Washington sind vom Reichsaußenminister ersucht worden, in der zweiten Hälfte Juni nach Berlin zu kommen. Es handelt sich also um die deutschen Vertreter in den Hauptstädten der großen Staaten, die an den Reparationen unmittelbar interessiert sind, ausgenommen England. Der Zweck dieser Botschafter-Versammlung in Berlin ist eine mündliche und genaue Information des Auswärtigen Amtes darüber wie in den genannten Ländern die Einstellung zu der deutschen Forderung auf eine Revision des Young-Planes ist. Botschafter Dr. von Neurath ist nicht nach Berlin gebeten worden, weil die deutsche Regierung über die Auffassung des englischen Kabinetts in Chequers ausreichend unterrichtet wurde. Von den Aeußerungen der Botschafter Dr. von Hoesch, Dr. von Schubert und Dr. von Prittwitz wird es nicht zum geringsten abhängen, wie der erste offizielle Schritt der Reichsregierung eingeleitet werden und zu welchem Zeitpunkt er erfolgen wird.

Botschafter von Prittwitz, der aus Washington abgereist ist, wird voraussichtlich solange in Deutschland bleiben, bis Schatzsekretär Mellon und der Staatssekretär des Auswärtigen Stimson ihren Besuch in Berlin beendigt haben.

Große Mehrheit für Braun

Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrags — Kirchenvertrag angenommen

In dem Mittelpunkt der Beratungen der Länderparlamente steht zur Zeit die neue Notverordnung. Es sind Anträge auf Aufhebung der Notverordnung eingebracht worden, die in einigen Parlamenten angenommen wurden, so in Oldenburg und jetzt auch in Bremen; in anderen sind sie abgelehnt worden wie in Württemberg. In Preußen ist heute die Entscheidung gefallen.

Zunächst wurde der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium, der von den Antragstellern damit begründet worden war, daß die preußische Regierung bereit sei, die Notverordnung der Reichsregierung durchzuführen, in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 167 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmte mit den Kommunisten die gesamte Rechtsopposition.

Vor der Abstimmung über den kommunistischen Antrag, die preußische Regierung solle durch ihren Vertreter im Reichsrat die Aufhebung der Notverordnung verlangen, erklärte Abg. **Leinert** (Soz.), die Notverordnung sei zur Zeit Gegenstand der Verhandlungen der Reichstagsfraktionen mit der Regierung. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion habe deshalb keine Veranlassung, für den kommunistischen Antrag zu stimmen.

Der Antrag selbst wurde mit 206 Stimmen der Regierungsparteien gegen 151 Stimmen der vereinigten Rechts- und Linksopposition bei zwei Stimmenenthaltungen abgelehnt.

Die Aussprache bei der dritten Beratung des Kirchenvertrages brachte keinerlei Ueberraschungen mehr. Dr. **Heß** (Ztr.) betonte noch einmal, daß seine Fraktion aus staatsrechtlichen Gründen dem Vertrag zustimme, da nach der Reichsverfassung die Religionsgemeinschaften gleichgestellt sind, und man deshalb den Evangelischen Kirchen jetzt das geben müsse, was man den Katholiken im Konkordat zugewandt habe.

Zu mehrmaligen stürmischen Unterbrechungen kam es bei der Rede des Abg. **Schulz-Neukölln** (Komm.), der sich in müßten Beschimpfungen des Papstes erging. Nur mit Mühe konnte sich **Präsident Bartels**, der dem Redner einen Ordnungsruf erteilte, gegen den Lärm durchsetzen, der sich im Hause erhoben hatte.

Abg. **Rickert** (Soz.) erklärte, daß seine Freunde sich, wie bei der zweiten Lesung, auch bei der endgültigen Entscheidung der Stimme enthalten würden, weil die von Anfang an gegen den Vertrag angeführten Bedenken noch immer nicht zerstreut seien, dann aber auch, weil eine gesetzliche Gleichstellung aller Weltanschauungen nicht in Aussicht stehe.

Mit scharfen Worten verwahrten sich schließlich der Abg. Dr. **Heß** (Ztr.) für die Katholiken, der Abg. **Koch-Weserhausen** (Dnat.) für die evangelische Bevölkerung gegen die gehässigen Angriffe des kommunistischen Abg. D. Schulz-Neukölln auf die beiden christlichen Kirchen.

In der Abstimmung wurde der Staatsvertrag mit den evangelischen Landeskirchen in dritter Lesung endgültig mit 202 gegen 54 Stimmen bei 105 Stimmenthaltungen angenommen. Gegen den Antrag stimmten mit den Kommunisten die Nationalsozialisten und einige Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, zwei Deutsch-Hannoveraner und ein Aufwertler. Der Stimme enthielten sich die Sozialdemokraten.

Ebenso fand das Pfarrbesoldungsgesetz in der Schlußabstimmung mit 273 gegen 44 Stimmen Annahme.

Faschisten verlassen die Arbeitskonferenz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 13. JUNI

Die üblichen Faschisten-Debatten bei der Internationalen Arbeitskonferenz scheinen ihr Ende gefunden zu haben. Präsident Sokal brachte einfach das Schreiben der italienischen Delegation zur Verlesung, in dem sie erklärt, daß sie sich an der Debatte nicht mehr beteiligt.

Da der Gegner sich also entzogen hatte, sprach auch der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux als Vertreter der Arbeitergruppe nur sehr kurz und ruhig und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Konferenz sich eines Tages der Richtigkeit der Beweisführung der Arbeitergruppe überzeugen werde. Darauf wurde das Mandat des italienischen Arbeiterdelegierten Nagga mit 76 gegen 22 Stimmen für ungültig erklärt.

Die vier Hauptdelegierten Italiens, also die beiden Regierungsdelegierten und der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Delegierte werden heute bereits die Arbeitskonferenz verlassen, so daß Italien nur noch durch den beigeordneten Sachverständigen während der letzten Woche der Konferenz vertreten sein wird. Auch das ist wohl als eine Demonstration gegen eine etwaige Wiederholung der Faschistendebatte im nächsten Jahre gedacht.

Beruhigung an der Börse

Die Berliner Börse hatte am Wochenschluß ein wesentlich beruhigteres Aussehen. Es ereignete sich der in der Börsengeschichte einzig dastehende Fall, daß die bevorstehende Diskont-Erhöhung der Reichsbank zu einer allgemeinen Erholung des Kursniveaus führte. Die Börse sah in dem Entschluß der Reichsbank, den Diskont zu verteuern, eine Klärung der Situation. Da außerdem die Kreditentziehungen des Auslandes über Nacht entschieden nachgelassen haben, betrachtete man die Lage des Devisenmarktes entschieden hoffnungsvoller. Infolgedessen konnten die Kurse der führenden Werte zwischen drei und fünf Prozent ihres Vortragsverlustes wieder einholen. Auch am Rentenmarkt hatte der Verkaufsandrang wesentlich nachgelassen.

Das Wiedersehn

Français ne va plus!

Als wir Holland verließen, war uns ein bißchen ängstlich zumute. Alle Gespenster von 1914 standen wieder auf; siebzehn Jahre sind eine knappe Zeit, und was heute lebt, hat zum größten Teil auch damals schon gelebt und erlebt. Wir sprachen sehr leise und waren zunächst einmal auf Grenzschikanen gefaßt.

Sie blieben aus, trotz einer verkehrt im Carnet kopierten Motornummer, die sie hätte veranlassen können. Wir zahlten neun belgische Franken Einreisegebühr für das Auto, das war alles. Zoll? Wir warteten eine Weile, aber da sich niemand um uns kümmerte, fuhren wir unbehindert ab; die Zollkontrolle war ausgefallen. Wir fuhren eine ordentliche Straße entlang durch einen Wald wildwachsender Rhododendron, der bis vor die Tore von Antwerpen reichte. Antwerpen? Vision aus dem Krieg, grauer Himmel, tote Stadt, finstere und verzweifelte Menschen. Heute schien die Sonne.

An einer Straßenkreuzung fehlte das Schild, wir mußten halten und einen Bürger um die Richtung ansprechen. Französisch natürlich. Während er erklärte, überholte uns ein junger Mann, der das D auf unserm Wagen gesehen hatte, sprang vom Rad und erklärte seinerseits in Deutsch, in gutem Deutsch mit flämischem Akzent. Wir atmeten auf: Steine würden also wohl kaum geworfen werden.

Die Schutzmannschaft ist weniger freundlich: sehr kurz angebunden. Es geht eher wie in Frankreich zu: streng, aber gerecht. Bis auf ein paar ganz junge lächelt keiner. So gehen sie allerdings auch mit ihren eigenen Landsleuten um . . . Mecheln kommt, dann Brüssel. Die Richtungsschilder sagen bis dicht vor die Tore der Stadt; „Brüssel". Nur an der Hauptverkehrskreuzung steht darunter „Bruxelles". Das war früher doch anders?

Die Stadt selbst ist unverändert. Immer behält die Grande Place den Reiz ihrer Geschlossenheit und ihres goldenen Reichtums, immer wieder wirkt die stolze Kraft der Ste. Gudule, erfreut die Sauberkeit und Würde des Regierungsviertels um die Place Royale, bezaubert der silbrige Durchblick im Park, der jetzt ganz hellgrün ist, voller Sonne und Springbrunnen und Kinderwagen. Die Stadt ist friedlich und lebendig bewegt. Sie gehört so sehr sich selbst, als sei es niemals anders gewesen.

Ist sie wirklich so ganz friedlich?

Als wir spätnachmittags weiterfuhren, hatten wir an der Peripherie von Brüssel ein verblüffendes Erlebnis: Ein junger blonder Fuhrmann, den wir fragten, ob das hier die Straße „à Gand" sei, verstand uns nicht. Erst als wir „naa Gent" sagten, nickte er eifrig und gab flämisch Auskunft. Er hatte das nicht fingiert, er konnte wirklich kein Wort Französisch. Die drei Schutzleute, die wir in Gent selbst nach der Weiterfahrt fragten, verstanden zwar französisch, aber die einzige französische Vokabel, die in ihrer Antwort vorkam, hieß: „Madam"; im übrigen sprachen auch sie flämisch. Und einen Kilometer weiter zuckten bereits die Behörden die Achseln, wenn man auf Französisch eine Auskunft einholen wollte. Hier hörte auch die Zweisprachigkeit vollkommen auf; selbst auf den Richtungsanzeigern stand nur noch „Oostende". Ebenso verhielt es sich mit den Inschriften der Läden; von Holland an bis zu den östlichen Vorstädten Brüssels waren sie einsprachig flämisch gewesen, hier wurden sie es wieder. Wie hatte der Brüsseler Kollege gesagt: „Sie werden, wenn Sie nach Ostende fahren, viele treffen, die kein Französisch verstehen; aber niemand, der nicht Deutsch versteht." Genau so war es.

Wir horchten zwei Tage lang in Ostende herum: nirgends hörten wir die Angestellten, Geschäftsinhaber, Straßenkinder untereinander eine andere Sprache gebrauchen als flämisch. Im Kriege war das ganz anders, und vor dem Kriege erst recht, selbst in Flandern. Es war eine Selbstverständlichkeit, französisch zu sprechen; heute scheint es eine Art Ehrensache, kein Französisch zu verstehen. Für den belgischen Staat sind auf diese Weise ungeheure Schwierigkeiten entstanden; wie groß sie sein müssen, begreift man erst bei persönlicher Fühlungnahme mit dieser neuesten Entwicklung. Jedenfalls ergibt sich eine Bereitwilligkeit der deutschen Sprache und den Deutschen gegenüber, die frappierend wirkt. Vielleicht hat die Politik der O. H. L. hier Böses gewollt, und nachwirkend Gutes geschaffen? Wir wagten nicht, es zu entscheiden.

M. M. Gehrke.